Fragen der Anwendung des Arbeitsrechts unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

Dr. PETER SANDER,

Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR

Auf dem 11. FDGB-Kongreß wurde festgestellt, daß dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft bedeutet, „vor allem die Aufgaben zu lösen, die durch die wissenschaftlich-technische Revolution gestellt“ sind, und daß „die umfassende Intensivierung der Produktion unter Nutzung der modernsten Ergebnisse von Wissenschaft und Technik ... zur entscheidenden Grundlage des ökonomischen Leistungsanstiegs geworden“¹ ist. Damit ist auch die Rechtswissenschaft zu entsprechenden Überlegungen aufgefordert.

Ohne die Vervollkommnung, Entwicklung und schöpferische Anwendung des sozialistischen Rechts — das Arbeitsrecht eingeschlossen — können nicht alle Potenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ausgeschöpft werden. Das bedeutet jedoch nicht, daß das Recht etwa die Ursache des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sei; es kann und muß jedoch einen spezifischen Beitrag leisten, um ihn zu meistern.² Das Arbeitsrecht „regelt“ nicht „den“ wissenschaftlich-technischen Fortschritt, gleichwohl regelt es ein Arbeits- und Leistungsverhalten der Werktätigen, das den Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entspricht und auf seine Meisterung ausgerichtet ist.^{1 2 3 4} So bedarf es zur effektiven Verbindung der vorzüge des Sozialismus mit den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution⁵ keines „Sonderarbeitsrechts“ für diejenigen Werktätigen, die unmittelbar mit der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts befaßt sind, wohl aber vieler Überlegungen, wie das Arbeitsrecht unter diesen veränderten Bedingungen effektiv angewendet bzw. verwirklicht und entwickelt werden kann. Weiterentwicklung des Arbeitsrechts bedeutet unter dieser Voraussetzung nicht zuletzt eine schöpferische und zugleich allen Anforderungen sozialistischer Gesetzmäßigkeit entsprechende Arbeitsrechtsanwendung. Die nachfolgenden Überlegungen sollen der praktischen Illustration eines mehrfach dargestellten, wenngleich noch nicht vollständig ausgearbeiteten theoretischen Konzepts^{5 6} dienen.

Entwicklung schöpferischen Arbeits- und Leistungsverhaltens

Die zentrale Frage besteht darin, ob und inwieweit das sozialistische Arbeitsrecht ein schöpferisches Arbeits- und Leistungsverhalten fordert bzw. ein solches stimuliert, denn der wissenschaftlich-technische Fortschritt basiert „auf den bewußt geförderten schöpferischen Aktivitäten der Werktätigen“.⁵ Nun wäre es, — auch unter sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnissen — ebenso kurzschlüssig wie illusionär, wollte man annehmen, der wissenschaftlich-technische Fortschritt produziere gleichsam automatisch mehr Schöpfertum in der Arbeit, schöpferisches Arbeitsverhalten en gros. Wäre dem so, könnte auf arbeitsrechtliche Stimulierung weitgehend verzichtet werden. Wenn aber mit der wissenschaftlich-technischen Revolution „neue Voraussetzungen heranreifen“, um die Stellung der Werktätigen im Produktionsprozeß zu verändern, ihnen interessante schöpferische Aufgaben zu übertragen, wie das eines sozialistischen Betriebes würdig ist⁷, so darf die arbeitsrechtliche Regelung bzw. die Anwendung des Arbeitsrechts daran nicht vorübergehen. Generelle, undifferenziert formulierte Rechtspflichten „zum Schöpfertum“ in der Arbeit sind allerdings ebenso sinn- wie wirkungslos, werden kaum das gewünschte schöpferische Resultat hervorbringen.⁸ Das darf jedoch nicht dahingehend mißverstanden werden, daß das Arbeitsrecht überhaupt keine Möglichkeiten hätte, schöpferische Arbeit auch normativ zu fördern. Das geschieht z. B. durch die Gestaltung und Vereinbarung progressiver Arbeitsinhalte sowie von Arbeitsaufgaben auf zweigleisiger bzw. betrieblicher Ebene. § 73 Abs. 1 AGB verpflichtet den Betrieb, die Arbeitsaufgaben so zu gestalten, daß die vorhandenen Produktionskapazitäten und das Arbeitsvermögen der Werktätigen effektiv genutzt werden, daß die Werktätigen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten entfalten können und daß die schöpferischen Elemente der Arbeit zunehmen. Der Betrieb hat demnach durch die Schaffung von Verhaltensbedingungen (vor allem: Arbeitsbedingungen) objektive Anforderungen für ein schöpferisches Arbeitsverhalten der Werktätigen zu konstituieren.

Das wiederum ist nur durch verantwortungsbewußte und schöpferische Rechtsanwendung möglich. Die in den Rahmenkollektivverträgen enthaltenen inhaltlichen Charakteristiken bzw. Tätigkeitsmerkmale der Arbeitsaufgaben müssen oftmals unter Berücksichtigung der spezifischen betrieblichen Reproduktionsbedingungen erst den Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts „angepaßt“ werden. Das Ziel besteht darin, für den Werktätigen nicht bloß schematische Arbeit „übrigzulassen“, sondern mehr schöpferische Arbeit zu fordern. Die in den RKV und den betrieblichen Regelungen (z. B. Betriebslisten) enthaltenen Arbeitsaufgaben⁹ können (oder müssen) durch arbeitsvertragliche Vereinbarungen — bezogen auf den einzelnen Werktätigen — weiter konkretisiert werden, damit die schöpferischen Elemente der Arbeit objektiv konkret vorgegeben werden. Zugleich soll mit ihnen der Werktätige subjektiv stimuliert werden, ein Höchstmaß an schöpferischem Arbeitsverhalten zu zeigen und entsprechende schöpferische Arbeitsleistungen und Arbeitsergebnisse zu erbringen. Diese „subjektive Seite“ kann nicht einfach durch die Formulierung einer Rechtspflicht, schöpferische Arbeitsleistungen zu erreichen, gefordert, sie muß arbeitsrechtlich auf vielfältige Weise stimuliert werden. Besondere Bedeutung haben z. B. die Gewährung von aufgabenbezogenen Gehaltszuschlägen und auftragsgebundenen Prämien bzw. Zielprämien für Arbeitsergebnisse zur Erfüllung des Planes Wissenschaft und Technik. In der Stimulierung (schöpferischer) Spitzenleistungen gibt es auf arbeitsrechtlichem Gebiet jedoch noch Reserven. Die Kernfrage besteht darin, durch verantwortungsbewußte Anwendung des Arbeitsrechts im Betrieb die Einheit von Leistungsbewertung, Leistungsstimulierung und Leistungsverhalten noch besser als bisher zu realisieren.

- 1 H. Tisch, „Die Entwicklung unserer Republik ist untrennbar mit der Kraft und Autorität der Gewerkschaften verbunden (Aus dem Bericht des FDGB-Bundesvorstandes an den 11. FDGB-Kongreß)“, ND vom 23. April 1987, S. 4.
- 2 Hierzu gab es in den letzten Jahren eine Vielzahl interessanter Publikationen. Aus der Fülle der zur Verfügung stehenden Literatur vgl. K. A. Mollnau, „Die Beziehungen zwischen wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Recht als Forschungsaufgabe der Rechtstheorie“, Staat und Recht 1981, Heft 11, S. 972 ff.; D. Seidel, „Die beschleunigte Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Aufgaben des sozialistischen Rechts“, Staat und Recht 1981, Heft 5, S. 411 ff.; R. Kastler, „Förderung des wissenschaftlich-technischen Schöpfertums der Werktätigen durch staatsrechtliche Leitung“, Staat und Recht 1985, Heft 9, S. 731 ff.; Staat und Recht bei der weiteren Entfaltung der Vorzüge und Triebkräfte der sozialistischen Gesellschaft (Staats- und rechtswissenschaftliche Konferenz der DDR am 26. und 27. Juni 1985 in Berlin), Sozialistisches Recht und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Bd. V (Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft, Heft 330), Potsdam-Babelsberg 1985; P. Freund/R. Kastler, „Sozialistisches Recht und wissenschaftlich-technischer Fortschritt“, in: ebenda, Bd. I, S. 30 ff.
- 3 Wir haben hierzu an anderer Stelle ausführlich Position bezogen, vgl. P. Sander/W. Thiel, „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und sozialistisches Arbeitsrecht“, NJ 1984, Heft 4, S. 129 ff.; dieselben, „Zu den Möglichkeiten und Grenzen des Arbeitsrechts bei der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“, in: Humboldt-Universität (Berichte) 1984, Heft 12, S. 42 ff.; dieselben, „Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Entwicklung der Arbeitsrechtsanwendung im Betrieb“, Staat und Recht 1987, Heft 2, S. 144 ff. Die nachfolgenden Ausführungen sollen hieran weiterführend anknüpfen.
- 4 Vgl. E. Honecker, Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED, Berlin 1986, S. 49.
- 5 Vgl. neben der in Fußnote 2 genannten Literatur auch P. Sander, „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Arbeitsverhalten und sozialistisches Arbeitsrecht“, in: Staat und Recht bei der weiteren Entfaltung der Vorzüge und Triebkräfte ... a. a. O., Bd. V, S. 83 ff.; W. Sieber, „Arbeitsrechtliche Probleme in den Bereichen Forschung und Entwicklung“, in: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt — Sozialistisches Recht, Martin-Luther-Universität Halle—Wittenberg, Wissenschaftliche Beiträge 1981/45 (B 15), S. 248 ff.
- 6 P. Freund/R. Kastler, „Sozialistisches Recht und wissenschaftlich-technischer Fortschritt“, a. a. O., S. 30.
- 7 E. Honecker Bericht des Zentralkomitees ... a. a. O., S. 49.
- 8 Vgl. W. Gräm, „Zur Analyse der Rechte bei der Gestaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“, in: Recht als Maßstab — Rechtstheorie unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution (Hrsg. K. A. Mollnau), Berlin 1981, S. 139.
- 9 Vgl. ausführlich P. Sander/W. Thiel, „Einfluß des Arbeitsrechts auf die Entwicklung sozialistischen Arbeitsverhaltens“, Arbeit und Arbeitsrecht 1985, Heft 9, S. 204 f.